

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 28. Mai 2019

## Steuerschätzung

Thema einer Aktuellen Stunde waren die Steuerschätzung und mögliche Auswirkungen auf den Haushalt. Laut Schätzung muss NRW bis 2020 mit 1,7 Milliarden Euro weniger auskommen als geplant. S. 3

## Kohleausstieg

NRW soll im Zuge des beschlossenen Kohleausstiegs bis 2038 Strukturhilfen von rund 15 Milliarden Euro erhalten. Über Details der Einigung unterrichtete die Landesregierung den Landtag. S. 6

## Integrationskurse

Die Qualität, Effizienz und Verbindlichkeit von Integrationskursen standen im Mittelpunkt einer Anhörung. Sachverständige äußerten sich zu einem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP. S. 9–11

## Debatten der 70er

In der Serie „Landtag Intern wird 50“ blickt die Redaktion auf die Ausgaben der 70er-Jahre. Nachzulesen sind Originaltexte zu großen Themen und zu bunten Geschichten aus der Zeit. S. 16–17

## Erinnerung an die Opfer

### Zwangsarbeit im NS-Regime



# INHALT



## Ankommen in Deutschland

<u>Änderungen bei NRW-Integrationskursen – Expertenrat gefragt</u> .....	S. 9
<u>Standpunkte der Fraktionen</u> .....	S. 10

## Aus dem Plenum

<u>Wenn das Geld knapper wird</u> .....	S. 3
<u>Meldungen</u> .....	S. 4
<u>Milliarden für den</u>	
<u>Strukturwandel</u> .....	S. 6
<u>Stand der Dinge: Demokratie</u> .....	S. 7

<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 8
---------------------------	------

## Titelthema

<u>Landtag zeigt Ausstellung zu</u>	
<u>Zwangsarbeit im NS-Regime</u> ...	S. 12

## Aus den Fraktionen

<u>Forum</u>	
<u>Warum der Jugendausschuss</u>	
<u>1971 „Sesamstraße“ guckte</u> ..	S. 16

## Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u> .....	S. 18
------------------------	-------

## Im Porträt

<u>Norwich Rüße (Grüne)</u> .....	S. 19
-----------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u> .....	S. 20
---------------------------	-------

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 24. Mai 2019, 13 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



# Wenn das Geld knapper wird

## Aktuelle Stunde zur neuen Steuerschätzung

22. Mai 2019 – Laut aktueller Schätzungen bleiben auch in Nordrhein-Westfalen die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurück. In diesem und dem kommenden Jahr sind es demnach insgesamt 1,7 Milliarden Euro weniger als gedacht. Über die Konsequenzen für die Haushaltspolitik debattierte der Landtag in einer kontroversen Debatte auf Antrag der Grünen-Fraktion ([17/6305](#)).



Nach Angaben des Finanzministeriums werden für das laufende Jahr rund 61 Milliarden Euro an Steuereinnahmen erwartet und damit 504 Millionen Euro weniger, als im Haushaltplan veranschlagt. Für 2020 gehe man mit knapp 65 Milliarden Euro an Einnahmen von 679 Millionen Euro weniger aus. Das NRW-Finanzministerium plane für beide Jahre zudem insgesamt 489 Millionen Euro weniger an Bundeszuweisungen.

Die Landesregierung müsse darlegen, welche Auswirkungen die Steuerschätzung auf den Haushalt 2019 habe und welche Konsequenzen die Landesregierung aus der aktuellen Lage ziehe, forderte Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker**. Trotz Rekordsteuereinnahmen in den vergangenen beiden Jahren habe die Landesregierung lediglich Steuergelder mit der Gießkanne verteilt und Schulden – anders als versprochen – nur in „homöopathischen Dosen“ abgebaut. Allein 454 Stellen seien in der Ministerialbürokratie aufgebaut worden, ohne dass die Ausgaben solide gegenfinanziert seien. Es sei an der Zeit, die „fahrlässige Finanzpolitik“ zu beenden.

**Arne Moritz** (CDU) bemerkte, dass die Gründe für die schwächelnde Konjunktur im internationalen Kontext zu suchen seien – im Handelsstreit der USA mit China einerseits, im „Brexit-Dilemma“ andererseits, das die Investitionsbereitschaft für den Im- und Export gehemmt habe. Es gebe aber keine Anzeichen einer Rezession und „keinen Grund zur Panik“. Die prognostizierten Steuereinnahmen für das laufende Jahr seien immer noch auf ei-

nem Rekordhoch. Die Landesregierung werde daher an ihrem Versprechen festhalten, keine neuen Schulden aufzunehmen, und weiterhin für eine „solide und nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik“ sorgen.

### „Kein Grund zur Panik“

Auch laut **Stefan Zimkeit** (SPD) besteht „kein Grund zur Panik“, da trotz leichter Einbußen weiterhin jährliche Rekordsteuereinnahmen vorhergesagt würden. Der NRW-Finanzminister trage daher den Spitznamen „Lucky Lutz“, er sei aber – wie die gesamte Landesregierung – an eigenen Ansprüchen gescheitert. Anders als in ihren Wahlversprechen habe sie etwa Schulden nur unzureichend abgebaut und die Grunderwerbssteuer nicht wie angekündigt abgesenkt. Sie habe Steuergeld nach „Freibiermentalität“ und „ohne jede Struktur“ verteilt. Allein im Sozialministerium müsse gespart werden, da Soziales als nicht so wichtig erachtet werde.

Die geringeren Einnahmen wolle man als Herausforderung betrachten, statt sich resignativ zurückzulehnen, kündigte **Ralf Witzel** (FDP) an. Die Redebeiträge von Grünen und SPD bezeichnete er als „Unfallflucht“ – schließlich lägen in ihrer Regierungszeit die Ursachen für die Schulden. Falls SPD und Grüne zu einem Schuldenstopp und -abbau stünden, dürften sie nicht wöchentlich neue Anträge zu millionenschweren Ausgaben stellen. Den kommenden

Generationen einen Schuldenberg zu hinterlassen, sei nicht generationengerecht. Die laufende Legislaturperiode bleibe deshalb eine „Phase der Schuldenrückzahlung“, bekräftigte Witzel.

**Herbert Strotebeck** (AfD) begrüßte diese Ankündigung. Der zu verteilende Kuchen sei nun etwas kleiner geworden – aber entsprechende Warnungen bereits seit Mitte 2018 habe die Landesregierung ignoriert, kritisierte er. Hinzu kämen weitere Risiken wegen internationaler Handelsstreits, des Brexit und eines möglicherweise explodierenden Ölpreises. „Geld ausgeben kann jeder. Die echte Bewährungsprobe für den Finanzminister beginnt erst jetzt“, zitierte der Abgeordnete einen Medienbericht. Strotebeck fragte, wie die Regierung die Mindereinnahmen kompensieren wolle, und war überzeugt: „Wo ein Wille ist, ist ein Weg.“

Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU) erklärte, die Mindereinnahmen könnten durch Überschüsse aus den vergangenen Jahren aufgefangen werden. Zudem sei die Landesregierung vorbereitet, denn sie habe vorgesorgt. Beispielsweise habe sie den Pensionsfonds des Landes und den Fonds zur Abschirmung der WestLB-Risiken finanziell bereits so gut bestückt, dass es vermutlich für die gesamte Wahlperiode ausreiche. „Jetzt wird’s schwieriger“, sagte er mit Blick auf den Haushaltsplan 2020, in dem man die geschätzten Mindereinnahmen berücksichtigen müsse. Aber er versicherte: „Wir werden in dieser Legislaturperiode keine neuen Schulden aufnehmen.“

tob, sow



## Abschied

22.5.2019 – Die Abgeordneten des Landtags haben Abschied von ihrem Kollegen Guido van den Berg genommen. Vor Beginn der Plenarsitzung gedachten sie mit einer Schweigeminute des SPD-Politikers aus Bedburg, der am 2. Mai 2019 nach schwerer Krankheit im Alter von 44 Jahren gestorben war. Auf dem Sitzplatz des verstorbenen Abgeordneten lag ein Blumenbouquet. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte die Verdienste van den Bergs als Landes- und als Kommunalpolitiker. Der Präsident betonte: „Guido van den Berg war ein besonnener und gradliniger Politiker, der sein Mandat mit großer Verlässlichkeit wahrnahm. Gleichwohl konnte er mit Offenheit, Warmherzigkeit und Humor überzeugen, was den Sozialdemokraten über Fraktionsgrenzen hinweg beliebt gemacht hat.“ Kuper ergänzte: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen gedenkt Guido van den Berg mit Respekt und Dankbarkeit.“ Der Diplom-Sozialwissenschaftler gehörte dem Landtag seit Mai 2012 an. Von 2013 bis 2015 war er Sprecher der SPD in der Enquete-Kommission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen.

## Berufsfeld Informatik

22.5.2019 – Der Landtag hat sich auf Antrag von CDU und FDP mit beruflicher Bildung im digitalen Zeitalter befasst. Gerade die Entwicklungen im Bereich Informatik machten eine Überprüfung der Ausbildungsinhalte notwendig. In ihrem Antrag ([17/5711](#)) fordern die beiden Fraktionen eine Fachoberschule für Informatik, damit sich Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss künftig besser für einen Ausbildungsplatz im beruflichen Handlungsfeld Informatik qualifizieren könnten und dann auch entsprechende Ausbildungsplätze bekämen. Bildungsangebote zur Informations-

technologie stünden bisher nur Jugendlichen mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife zur Verfügung. Der Bedarf an Informatik-Fachkräften steige aber weiter. Das Berufsfeld Informatik solle in die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Berufskollegs aufgenommen werden. Außerdem gelte es, für die zu errichtende Fachoberschule eine Stundentafel mit bestimmten IT-Schwerpunkten zu erarbeiten. Der Landtag hat den Antrag zur federführenden Fachberatung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

## CO<sub>2</sub>-Steuer

22.5.2019 – Die derzeit debattierte Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer hat auch den Landtag beschäftigt. Die Fraktionen der Grünen und der AfD legten dazu je einen Antrag vor. „Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen zu können, müssen die europäischen Klimaziele ambitionierter werden“, heißt es im Antrag der Grünen ([17/5724](#)). Die Landesregierung solle sich bundes- und europaweit dafür einsetzen, „dass ein Vorschlag für eine verfassungs- und europarechtskonforme CO<sub>2</sub>-Bepreisung vorgelegt wird“. Die AfD-Fraktion lehnt die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer dagegen ab: „Die Steuerbelastung von Bürgern und Unternehmen ist in Deutschland auf einem Rekordniveau, und eine CO<sub>2</sub>-Steuer würde die Steuerlast unnötig erhöhen“, heißt es im Antrag der Fraktion ([17/6263](#)). Eine CO<sub>2</sub>-Steuer würde u. a. Pendler besonders belasten und Wohnnebenkosten weiter erhöhen. Der Antrag der AfD-Fraktion wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt. Der Antrag der Grünen wurde an den Ausschuss für Europa und Internationales (federführend) überwiesen.

## Alleinerziehende

22.5.2019 – Die Situation von Alleinerziehenden war Thema im Plenum. Der Debatte zugrunde lag der Antrag der SPD-Fraktion „Unterstützung für alleinerziehende Mütter und Väter in

Nordrhein-Westfalen stärken!“ ([17/6254](#)). Alleinerziehende seien häufig finanziell schlechter gestellt als Eheleute mit Kindern, heißt es im Antrag. Auch verfügten sie nicht über steuerliche Vorteile, könnten kaum Rücklagen bilden und seien daher eher von Überschuldung betroffen. Ihnen fehle es an Zeit für die Familie und an ausreichenden Kinderbetreuungsangeboten. Auch berufliche Perspektiven könnten Alleinerziehende kaum ausbauen. Die Fraktion fordert deshalb u. a. flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsangebote, auch zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die Landesregierung solle ausreichende Kinderbetreuung auch in Randzeiten finanzieren und ein Modellprojekt etablieren, das Alleinerziehenden per Gutscheinsystem den Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen ermögliche. Der Landtag hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Frauen und Gleichstellung (federführend) überwiesen.

## Ganztagschule

23.5.2019 – In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion über das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) debattiert, Verhandlungen mit den Bundesländern über einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern zu führen. Laut Koalitionsvertrag will die Bundesregierung bis 2025 ein Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Dafür stelle der Bund bis 2021 zwei Milliarden Euro bereit, hatte Bundesfamilienministerin Giffey erklärt. Im Antrag der SPD-Landtagsfraktion ([17/6306](#)) heißt es u. a. mit Blick auf den avisierten Zeitplan, die Verhandlungen zwischen Bund und Land müssten „entweder umgehend beginnen oder bereits begonnen haben“, um eine Einigung mit den Ländern im Herbst zu erreichen. Laut [Eva-Maria Voigt-Küppers](#) (SPD) bestehe großer Handlungsdruck, um die Forderung nach einem Rechtsanspruch umzusetzen. Platzangebote der Offenen Ganztagschule (OGS) reichten bei Weitem nicht aus.





**Petra Vogt** (CDU) bemerkte, die Landesregierung habe allein zum Schuljahr 2019/20 rund 7.500 neue OGS-Plätze geschaffen. Um Details für die Umsetzung eines Rechtsanspruchs verhandeln zu können, müsse der Bund konkretere Vorschläge machen. **Sigrid Beer** (Grüne) sprach sich für das Recht auf eine Betreuung in einer „hochwertigen Ganztagschule“ aus. Auch das Land müsse in die Pflicht genommen werden, um Qualitätsstandards zu formulieren und Investitionen zu tätigen. **Alexander Brockmeier** (FDP) kritisierte, die Bundesfamilienministerin fordere einen Rechtsanspruch bis 2025, ohne die Finanzierung geklärt zu haben. Es mangle an soliden Berechnungen zu Kosten für Bund und Land. „Dem Rechtsanspruch standen wir bisher eigentlich immer sehr offen und positiv gegenüber“, sagte **Iris Dworeck-Danielowski** für die AfD-Fraktion. Angesichts des Mangels an Fachkräften sei die Umsetzung allerdings unrealistisch. NRW-Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) sagte, der geforderte Rechtsanspruch sei ein „Lippenbekenntnis“ mit „hehrem Ziel“, für das der Bund die notwendigen Mittel auch dauerhaft zu Verfügung stellen müsse. Die zugesagten zwei Milliarden Euro seien deutlich zu niedrig veranschlagt.

## Kiesabbau

23.5.2019 – Die Grünen-Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, den Kiesabbau in Nordrhein-Westfalen am heimischen Bedarf auszurichten. Ganze Regionen entlang des Niederrheins, in der Kulturlandschaft Haltern-Lippe-Haard und in Teilen des Bergischen Landes seien „durch den stetig wachsenden Abbau bereits erheblicher Teile ihrer Landschaft beraubt“ worden, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([17/6242](#)). Seit Jahrzehnten protestierten Menschen in den betroffenen Regionen „gegen die fortschreitende und zu schwach regulierte Ausbeutung ihrer Heimat“. Die Landesregierung habe die Konflikte durch ihre jüngsten Vorschläge zur Änderung des Landesentwicklungsplans ver-

schärft. In den Kiesabbaugebieten am Niederrhein habe dies zu einer erneuten Protestwelle geführt, die im März in der Verabschiedung des „Niederrheinappells 2019“ gemündet sei. Die Landesregierung müsse das Verfahren für die Bedarfserhebung von Abbauflächen reformieren, fordert die Fraktion. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mehrheitlich abgelehnt. Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ([17/6324](#)) wurde ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt. Ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/6351](#)) wurde mit Mehrheit angenommen.

## Denkmalschutz

24.5.2019 – Eigentümerinnen und Eigentümer sollen beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern stärker unterstützt werden. Dies sieht ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/3807](#)) vor, den der Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD verabschiedet hat. Die SPD stimmte dagegen, die Grünen enthielten sich. Demnach sollen u. a. die rechtlichen Rahmenbedingungen überprüft und verbessert werden, sodass „insbesondere die Barrierefreiheit, der Umweltschutz, die Nutzung regenerativer Energien, die energetische Sanierung, der Brandschutz und mögliche Nutzungen des jeweiligen Denkmals besser in Einklang mit dem Denkmalschutz gebracht werden können“. Laut Antrag gibt es in Nordrhein-Westfalen mehr als 85.000 Bau- und Baudenkmäler. Mehr als 64.000 Baudenkmäler befänden sich in privatem, mehr als 7.000 in kirchlichem Eigentum.

## Kriminelle Clans

24.5.2019 – Der Kampf gegen kriminelle Clans hat im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde gestanden. Der Debatte lagen ein Antrag der Fraktion der AfD ([17/6307](#)) und der Fraktionen von CDU und FDP ([17/6308](#)) zugrunde. Das Landeskriminalamt hatte im Mai das erste Lagebild zur Clankriminalität vorgelegt.

Demnach gibt es 104 Clans, deren Mitglieder 2016 bis 2018 auffällig geworden sind. Es gab 6.449 Tatverdächtige, denen 14.225 Straftaten zuzuordnen sind. **Markus Wagner** (AfD) sagte, das türkisch-arabische Clansystem sei in den 1970er-Jahren entstanden. Aktuell gebe es einen „Verdrängungswettbewerb“ durch neue Zuwanderer. Nötig sei daher ein konsequentes Vorgehen: „Schieben wir ab, wer sich nicht an die Regeln hält, und schärfen wir da, wo es nötig ist, das Strafrecht.“ **Dietmar Panske** (CDU) sagte, seine Fraktion habe angesichts der „erschreckenden Dimension“ krimineller Clans eine „knallharte Kampfansage“ formuliert. Panske: „Jetzt räumen wir auf.“ Clanstrukturen müssten aufgebrochen werden. „Unser Weg ist weiterhin: Null Prozent Toleranz und einhundert Prozent Rechtsstaat.“ Das Lagebild sei dringend nötig gewesen, betonte **Alexander Brockmeier** (FDP). Man dürfe nicht die Augen vor denen verschließen, die die weltoffene Gesellschaft ausnutzten. Es brauche einen langen Atem, um der Clankriminalität beizukommen: „Das wird kein Sprint, das wird ein Marathon.“ Bereits die Vorgängerregierung habe 2016 ein „Lagebild Organisierte Kriminalität“ erstellt und dauerhaft Einsatzhundertschaften in Ruhrgebietsstädten eingesetzt, sagte **Sven Wolf** (SPD). Der Innenminister sei somit keineswegs „der Pionier der Bekämpfung der Clankriminalität“. Und er tue bislang „deutlich zu wenig“. **Verena Schäffer** (Grüne) warf der Landesregierung „Legendenbildung“ vor. Es sei nachweislich falsch, dass der Kampf gegen Clankriminalität eine Erfindung von CDU und FDP sei. Auch werde für den Erfolg im Kampf gegen Clankriminalität entscheidend sein, wie viele Anklagen vor Gericht die Ermittlungen nach sich zögen. Innenminister **Herbert Reul** (CDU) sagte, das Thema sei lange „verschlafen worden“. Es würden nun „langer Atem und konsequentes Handeln“ benötigt. Laut Reul wurden seit Sommer 2018 mehr als 500 Kontrollaktionen durchgeführt. Dabei seien mehr als 100 Objekte geschlossen und mehr als 10.000 Verstöße geahndet worden.

# Milliarden für den Strukturwandel

## Landtag debattiert kontrovers über Hilfen für Kohleregionen

23. Mai 2019 – Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist beschlossene Sache. In das Rheinische Braunkohlerevier sollen nach einer Entscheidung des Bundeskabinetts bis 2038 rund 15 Milliarden Euro fließen. Wie der Strukturwandel gelingen kann, darüber debattierte der Landtag.

Der Debatte vorausgegangen war eine Unterrichtung der Landesregierung unter dem Titel „Klima-Konsens 1:1 umsetzen – neue Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für die Kohleregion“. Hintergrund der Strukturhilfen ist der Beschluss zum Ausstieg Deutschlands aus der Braunkohleverstromung, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Auch Braunkohleregionen in Ostdeutschland, u. a. in Brandenburg, erhalten Geld für den Strukturwandel.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) sprach von einem „Signal der Chance und Zuversicht“, dass Bund und Länder die Menschen in den betroffenen Regionen nicht alleine lassen. Das Rheinische Revier habe sich längst auf den Weg gemacht, um den Strukturwandel zu bewältigen. Nun gebe es Gewissheit, dass die Zukunftsprojekte umgesetzt werden könnten. An strukturschwachen Standorten in Deutschland mit Steinkohlekraftwerken sollten zudem Projekte mit einer Milliarde Euro gefördert werden. Davon profitierten in NRW der Kreis Unna, Hamm, Duisburg, Herne und Gelsenkirchen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thomas Kutschat** begrüßte den Beschluss des Bundeskabinetts. Jetzt müsse eine „starke Druckwelle“ nach Berlin gesendet werden, um notwendige

Bundesgesetze zeitnah zu beschließen. Die Landesregierung wiederum müsse die Kofinanzierung von Förderprogrammen durch das Land sicherstellen und eine Strategie für die Steinkohlestandorte im Ruhrgebiet formulieren. Zudem mangle es an einer belastbaren Energiestrategie für Nordrhein-Westfalen: „Da sind Sie bisher völlig blank“, kritisierte Kutschat die Landesregierung.

### „37 Prozent der Gesamtsumme“

„Gemeinsam anpacken für eine ambitionierte Zukunft“, richtete **Bodo Löttgen**, Vorsitzender der CDU-Fraktion, einen Appell an das gesamte Parlament. Nordrhein-Westfalen habe hervorragend verhandelt, statt 25 Prozent 37 Prozent des Gesamtvolumens für NRW herausgeholt und damit selbst die Erwartungen der Opposition übertroffen. Dass auch Kommunen an Standorten von Steinkohlekraftwerken insgesamt eine Milliarde Euro an Hilfen erhalten sollen, sei ein Verdienst des Ministerpräsidenten, wies Löttgen Kritik der SPD am Regierungschef zurück.

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** begrüßte den Einsatz der Landesregierung für die Strukturhilfen. Der Ministerpräsident habe

sich aber nicht dazu geäußert, wie die vereinbarten Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden sollten. Es fehlten ein Ausstiegspfad für die Abschaltung der Kraftwerke und ein Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien. Dies sei eine „vertane Chance“. Düker vermisste zudem Aussagen zum Braunkohleabbau im Rheinischen Revier. Die Abbaugrenzen würden sich mit dem Kohlekompromiss verändern müssen – und die betroffenen Menschen benötigten Klarheit.

**Bodo Middeldorf** (FDP) kritisierte seine Vorrednerin: „Sie haben sich vom gesamtgesellschaftlichen Konsens in diesem Land verabschiedet.“ Es gehe nicht darum, „Steigbügelhalter“ für Teilinteressen oder Umweltverbände zu sein, sondern sich für das Land einzusetzen. Düker betreibe „Betrug am Land Nordrhein-Westfalen“. Die Unterrichtung habe gezeigt, wie erfolgreich sich die Landesregierung für die hiesigen Kohlegebiete starkgemacht habe. Für die FDP-Fraktion gelte: „Wir stehen zum Gesamtpaket.“

**Christian Loose** (AfD) erklärte, ein Titel wie „Perspektive: 12 Prozent Arbeitslosigkeit“ hätte die Unterrichtung besser umschrieben. Er warf der Landesregierung und der „Kohle-Hasser-Kommission“ vor, Industriedemontage zu betreiben, nachdem bereits „der letzte erzwungene Strukturwandel“ im Ruhrgebiet gescheitert sei. „Wollen Sie Zehntausende Arbeitsplätze opfern, um Klimaziele zu erreichen?“, fragte Loose den NRW-Regierungschef und argumentierte: „CO<sub>2</sub> ist die Lebensgrundlage der Welt und damit auch der Menschen.“ *wib, tob, sow*



## Verpflichtet

23. Mai 2019 – Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), hat einen neuen Abgeordneten verpflichtet. Der SPD-Politiker Ernst-Wilhelm Rahe aus dem Kreis Minden-Lübbecke war für den verstorbenen Abgeordneten Guido van den Berg (SPD) nachgerückt. Der 60-jährige Diplom-Sozialarbeiter Rahe hatte dem Landtag bereits von 2012 bis 2017 angehört. Kuper wünschte dem neuen Abgeordneten viel Glück bei der „Arbeit im Landtag zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger“. Foto: Schälte



# Stand der Dinge: Demokratie

## Landtag fordert jährlichen Bericht der Landesregierung

23. Mai 2019 – Über Parteigrenzen hinweg haben CDU, SPD, FDP und Grüne eine Stärkung der demokratischen Bildung gefordert. Ein jährlicher Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung soll helfen, einen Überblick zu gewinnen.

Der 100. Jahrestag der Weimarer Verfassung, 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre deutsche Wiedervereinigung seien „herausragende Anlässe, um sich mit den besonderen Herausforderungen an eine menschenrechtsorientierte und zeitgemäße Demokratiebildung ebenso wie mit einer adäquaten Kultur des Gedenkens und Erinnerns zu beschäftigen“, heißt es im Antrag (17/6245). Demokratie müsse in jeder Generation neu erlernt und gefestigt werden. Die Landeszentrale für politische Bildung solle deshalb weiter profiliert werden und politische Bildung auch in der Weiterbildung berücksichtigen.

Für die CDU-Fraktion nannte **Dr. Marcus Optendrenk** das Grundgesetz einen „Anker“ für die Gesellschaft auch in unsicheren Zeiten. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hätten die NS-Diktatur noch klar vor Augen gehabt und daraus Konsequenzen gezogen. Sie hätten den Menschen zum Ausgangspunkt der Verfassung gemacht und nicht den Staat. Optendrenk mahnte, dass die Demokratie immer wieder neu gelebt und geschützt werden müsse.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** betonte, dass die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, an der Verachtung nationalisierter Eliten gescheitert sei. Heute seien Nationalisten wieder eine Gefahr für die Demokratie.

Sie gäben sich als Patrioten aus, aber sie liebten ihr Land nicht, sondern verachteten es. Er appellierte an die Abgeordneten des Landtags: „Stehen wir zusammen, wenn es darum geht, unsere Grundrechte zu verteidigen.“

**Angela Freimuth** (FDP) hob hervor, dass das Grundgesetz den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stelle. Auch heute müsse täglich für die Demokratie geworben werden. Eine lebendige und wehrhafte Demokratie brauche engagierte Demokratinnen und Demokraten. Es freue sie daher, dass der Landtag künftig auf Grundlage der Demokratieberichte der Landesregierung über das Thema diskutieren und es damit in den Mittelpunkt stellen wolle.

### „Grundrechte verteidigen“

**Josefine Paul** (Grüne) erinnerte daran, dass die deutsche Verfassung Grundrechte garantiere, die weltweit keine Selbstverständlichkeit seien. Auch innerhalb Europas würden demokratische Grundrechte infrage gestellt. Dabei sei Europa ein einzigartiges Projekt von Frieden, Verständigung, Freiheit und Toleranz. Dieses Projekt müsse bei der anstehenden Europawahl gestärkt werden. Denn Europa sei die beste Idee, die Europa je gehabt habe.

**Helmut Seifen** (AfD) sagte, die Schöpfer des Grundgesetzes hätten aus dem Scheitern der Weimarer Republik gelernt und einen „wehrhaften Staat“ geschaffen. Die Grundrechte seien an den Anfang gerückt worden. In der heutigen Zeit zweifelten Menschen aber daran, ob dem Grundgesetz genügend Beachtung geschenkt werde. So sei die Entscheidung zur Euro-Rettung „gegen geltendes Recht“ getroffen worden.

Kulturministerin **Isabel Pfeiffer-Poensgen** (parteilos) mahnte, dass es auch heute noch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt gebe. Umso wichtiger sei die Erinnerung an die Gräueltaten während der NS-Diktatur. Wichtige Orte für diese Erinnerungsarbeit seien die NS-Gedenkstätten in NRW. Der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Kaiser (CDU) besuche derzeit alle Erinnerungsorte in NRW, auch um das Engagement der dort ehrenamtlich Tätigen zu würdigen.

Mitberaten wurden ein Antrag der SPD-Fraktion („70 Jahre Grundgesetz – eine Erfolgsgeschichte fortschreiben!“, 17/6260) und ein Antrag der AfD-Fraktion („70 Jahre Grundgesetz – ein Glücksfall deutscher Verfassungsgeschichte“, 17/6261). Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit Mehrheit angenommen, der AfD-Antrag mit Mehrheit abgelehnt. wib



## 70 Jahre Grundgesetz – ein „Auftrag zur Demokratie“



23. Mai 2019 – 70 Jahre nach Verkündung des Grundgesetzes hat der Präsident des Landtags, André Kuper (Bild I.), die Verfassung der Bundesrepublik gewürdigt. In einer Rede vor den Abgeordneten mahnte Kuper, die grundlegenden Freiheiten, die Gewaltenteilung und den Auftrag zur Demokratie zu bewahren und im Alltag zu leben.

Im Rückblick auf das Jahr 1949 sagte er: „Es gab noch keinen Deutschen Bundestag. Es gab keine Bundesrepublik. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates wurden aus den Landesparlamenten entsandt. Das Grundgesetz ist eine Verfassung der Landtage. Deswegen: Unterschätzen wir nicht die Bedeutung der Landesparlamente für unsere Demokratie! Zu leicht gehen wir heute über dieses Prinzip unserer Verfassung hinweg. Zu leicht wird der Einfluss der Landesparlamente verkauft. Das sage ich bewusst mit Blick nach Berlin.“

Der Präsident betonte: „Während Deutschland in Trümmern lag, während viele ehemalige Soldaten noch in

Kriegsgefangenschaft waren, während das Vertrauen der Welt in uns Deutsche am Boden lag – während dieser Zeit fügte der Parlamentarische Rat die Teile nie dagewesener Rechtsstaatlichkeit zum Grundgesetz zusammen. Und das sollte ‚unser Glückes Unterpfand‘ werden.“ Kuper forderte, den Auftrag zur Demokratie zu leben: „Zwar streiten und debattieren wir über die Wege, wie wir diesen Auftrag am besten erfüllen können. Aber wir sind uns einig darin, dass wir ihn zu erfüllen haben. Freiheit, Europäische Einigung und Menschenrechte – wer diesen Auftrag infrage stellt, der hat nicht verstanden!“

Der Parlamentarische Rat hatte am 23. Mai 1949 öffentlich festgestellt, dass der Entwurf des Grundgesetzes durch die Landesparlamente angenommen worden war. Damit konnte es in Kraft treten. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hatte das Grundgesetz am 20. Mai 1949 ratifiziert. Das Abstimmungsergebnis ist in den [Plenarprotokollen](#) nachzulesen.



## GESETZGEBUNG

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | [17/5976](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Mai 2019 | Überweisung an den Integrationsausschuss

**Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes** | [17/5977](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Mai 2019 | Überweisung an den Integrationsausschuss

**Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes** | [17/5978](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Mai 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Zweites Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen** | [17/5979](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Mai 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatsferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR)** | [17/2759](#) und [17/6291](#) | AfD | 2. Lesung am 23. Mai 2019 | abgelehnt

**Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragtenengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufg NRW)** | [17/6147](#) | Grüne | 1. Lesung am 24. Mai 2019 | (nach Redaktionsschluss)

**Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte** | [17/6267](#) | AfD | 1. Lesung am 24. Mai 2019 (nach Redaktionsschluss)

**Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes** | [17/5587](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag**

(Bibliotheksstärkungsgesetz) | [17/5637](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zur Verlängerung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)** | [17/5618](#) | SPD | Ausschuss für Schule und Bildung | Anhörung am 28. Mai 2019

**Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)** | [17/5638](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Schule und Bildung | Anhörung am 28. Mai 2019

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken)** | [17/5619](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe** | [17/5620](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/5197](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer und zur Änderung weiterer Gesetze** | [17/5198](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/5344](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser** | [17/5345](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/5011](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK** | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G 9 – BAG-G 9)** | [17/4832](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes** | [17/4668](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | Anhörung am 7. Juni 2019

**Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrbesoldungsgleichstellungsgesetz)** | [17/3812](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)** | [17/3801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016** | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung



# Ankommen in Deutschland

## Änderungen bei NRW-Integrationskursen – Expertenrat gefragt

8. Mai 2019 – Wer nach Deutschland flieht, fängt hier in der Regel bei Null an. Integrationskurse sollen denjenigen mit Bleibeperspektive von Anfang an die deutsche Sprache vertraut machen und Orientierung im deutschen Lebensalltag ermöglichen. In NRW haben die Landtagsfraktionen von CDU und FDP die Integrationskurse auf den Prüfstand gestellt und fordern Verbesserungen. Der Fachausschuss hörte dazu die Meinung von Sachverständigen.

Integrationskurse seien ein „unverzichtbares Instrument für eine gelingende Integration“, heißt es im Antrag (17/4445). Um sie zu verbessern, solle die Landesregierung u. a. die Chancen für Mütter erhöhen, indem sie kursbegleitende Kinderbetreuung ermögliche, und Module der Kurse auf dem Smartphone verfügbar machen. Im Bund solle die Landesregierung dafür werben, die Kurse zu verkleinern, sie allen Flüchtlingen aus nicht sicheren Herkunftsländern zu ermöglichen – auch berufs begleitend –, den Deutschkurs bei Bedarf von 600 auf 900 Stunden zu erhöhen und die Wertevermittlung stärker zu berücksichtigen.

Der Forderung nach mehr Deutschstunden stimmten die meisten Sachverständigen zu. Dabei hielten einige eine flexiblere Handhabung des Stundenkontingents für sinnvoll: „Wenn die Voraussetzungen bei Teilnehmern erschwert sind, empfiehlt sich eine Erhöhung der Unterrichtsstunden“, argumentierte etwa Arndt Paykowski, Geschäftsführer des Bildungsunternehmens WIPA und Vorstandsmitglied im Verband Deutscher Privatschulen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwies auf ausdifferenzierte Kursangebote für spezielle Zielgruppen, auch berufs begleitend. In bestimmten Fällen würden bis zu 1.200 Deutschstunden gewährt. Der Soziologe Prof. Dr. Hans Neuhoﬀ vermisste im Antrag „eine Bringschuld von Migranten, sich auch außerhalb der Unterrichtszeiten und von sich aus um das Erlernen der deutschen Sprache zu bemühen“.

Auch die Forderung, die Kurse zu verkleinern, fand bei vielen Sachverständigen Zustimmung. Dies sei „ganz entscheidend für die Qualität der Kurse und ein gelungenes Miteinander“, erklärte etwa die Bénédicte School Köln. „Je geringer die Teilnehmerzahl, desto schneller kommen die Kurse zustande“, ergänzte der Landesverband der Volkshochschulen NRW.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sah hingegen „nur einen geringen Einfluss der Gruppengröße auf den Lernerfolg“. Kinderbetreuung während der Kurszeit, ebenfalls eine Forderung des Antrags, werde bereits seit 2007 gefördert.

Einige Sachverständige wiesen auf Mängel beim Betreuungsangebot hin. So fehle eine

Eingewöhnungsphase, die in öffentlichen Kitas Standard sei. „Wenn dieser Ablöseprozess nicht verantwortungsvoll gesteuert und gestaltet wird, wird das Kindeswohl dabei außer Acht gelassen“, gab WIPA-Sprecher Paykowski zu bedenken. Die VHS im Kreis Wesel forderte zudem eine Kinderbetreuung für schulpflichtige Kinder, da Eltern sonst in den Ferienzeiten im Kurs fehlten.

### Zugang für alle

Die Industrie- und Handelskammer NRW warb dafür, auch den übrigen Geduldeten und Gestatteten den Zugang zu Integrationskursen zu ermöglichen. Die vielen afghanischen Auszubildenden etwa würden von den Kursen ausgeschlossen, weil sie keine Bleibeperspektive hätten. Von einer Abschiebung sei mittelfristig aber nicht auszugehen – weil sie sich in Ausbildung befänden. Die IHK begrüßte zudem die Idee der Digitalisierung: Auszubildende mit Fluchthintergrund seien in der Regel internetaffin und gerade in ländlichen Räumen, wo Kurse oft nicht zustandekämen, seien Online-Angebote wertvoll. Jedoch argumentierte Paykowski: „Der kommunikative Austausch in der Gruppe, verbunden mit sozialem Lernen, das Lernen der Schriftsprache, das Training des Hör- und Leseverstehens sind die zentralen Aufgaben.“

Bei der Forderung nach berufs begleitenden Integrationskursen gingen die Meinungen auseinander. Während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf bereits bestehende Kursformate verwies, problematisierte die Freie Wohlfahrtspflege die Mehrfachbelastung Geflüchteter, die parallel eine

berufliche Qualifizierung durchlaufen, abends im Deutschkurs sitzen und zudem familiären Verpflichtungen nachkommen sollten.

CDU und FDP fordern in ihrem Antrag, den Orientierungsteil des Integrationskurses von 100 auf 150 Schulstunden zu erhöhen. Eine Werte- und Kulturvermittlung finde allerdings auch schon im Rahmen des handlungs- und alltagsorientierten Sprachkurses statt, hieß es in der Stellungnahme des Begegnungs- und Fortbildungszentrums muslimischer Frauen Köln. Auch aus Sicht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge genügen 100 Unterrichtsstunden – eine weitere Erhöhung laufe zudem dem Ziel einer schnellen Integration zuwider. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege NRW forderten zusätzliches sozialpädagogisches Personal und ein Zusatzbudget für soziale Aktivitäten: „Nur Integration im Klassenraum zu betreiben, das ist, wie im Wohnzimmer schwimmen zu lernen.“ *sow*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte

Einstufungssystem | Bundesamt für Migration und Flüchtlinge | Integrationskurse

Weiche Wörter passen hier? Schreiben Sie auf den Antwortbogen. In jede Lücke bitte nur ein Wort.

0  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39

Lieber Nico,

ich habe am Dienstag dreimal bei dir angerufen. Wo warst du denn?

Ich war bei einem Autohändler in der Fürstenrieder Allee. Ich habe dich angerufen. Hast du ein Foto von einem VW Fusca?

Wann hast du Zeit für mich?

Ich habe Zeit für dich. Ich habe Zeit mit beiden Wahrscheinlichkeiten zu gehen.

Wir haben Zeit für den Tag.

Hilf mir bei der Arbeit.

Ich habe Zeit für den Tag.

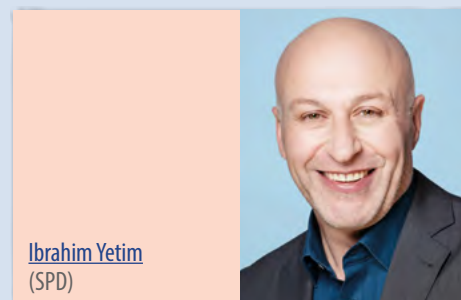
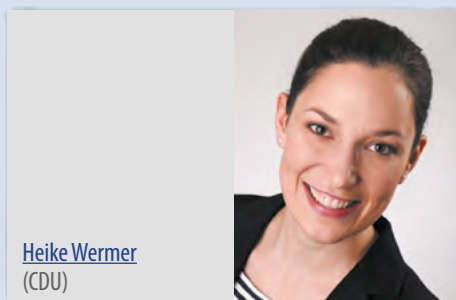
neun an.

Einstufungstest zum Integrationskurs

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Integrationskurse“



**Integrationskurse ...** ... sind ein unverzichtbares Instrument für eine gelingende Integration. Die Kurse sollen Menschen, die zu uns kommen, die Grundzüge unserer Sprache, Rechtsordnung, Kultur und Geschichte vermitteln. Qualität, Effizienz und Verbindlichkeit der Integrationskurse sind deshalb zentral für eine erfolgreiche Eingliederung in unsere Gesellschaft. Dafür setzen wir uns als NRW-Koalition mit Nachdruck ein.

... sind das Fundament für eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft. Sie führen Neuzugewanderte an die deutsche Sprache und Gesellschaft heran. Den damaligen Gastarbeitern standen keinerlei Integrationsmaßnahmen von staatlicher Seite zur Verfügung. Wenn wir aus der Vergangenheit lernen wollen, müssen die Integrationskurse ausnahmslos allen Neuzugewanderten kostenlos bereitgestellt werden.

**Der Deutschunterricht muss ...** ... fester und verbindlicher Bestandteil der Integrationskurse bleiben. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der entscheidende Schlüssel zum An- und Weiterkommen. Gleichzeitig ist es die Voraussetzung, um unsere Rechtsordnung, Kultur, Geschichte und unsere Werte zu verstehen und zu verinnerlichen. Das ist es, was wir wollen.

... zielgruppenspezifischer ausgerichtet werden. Bisher zeichnen sich die Gruppen durch eine zu hohe Heterogenität der Kursteilnehmer aus. Es zeigt sich aber, dass der Lernerfolg größer ist, wenn die Teilnehmer ähnliche Voraussetzungen mitbringen und die Gruppengröße maximal 18 Teilnehmer aufweist. Zudem müssen mehr berufsbegleitende Kurse angeboten werden, die die konkrete Berufsfachsprache fördern.

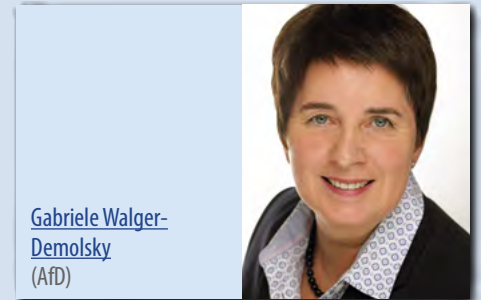
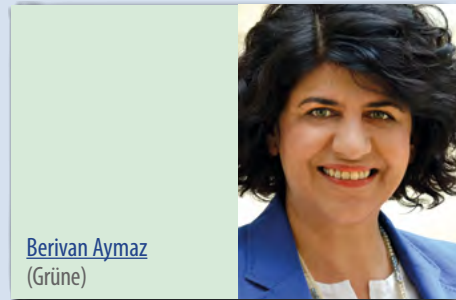
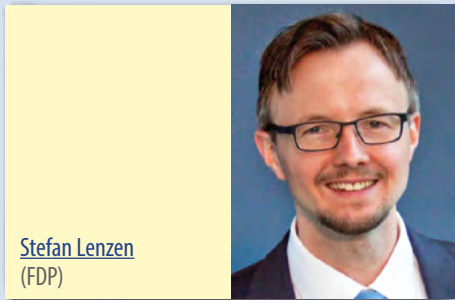
**Wertevermittlung ...** ... ist für eine offene und demokratische Gesellschaft wichtig, weil sie für Wertschätzung und Zusammenhalt unverzichtbar ist. Wir wollen die Wertevermittlung im Rahmen der Integrationskurse stärken. Der Kursinhalt soll überarbeitet und erweitert werden. Wir wollen ein Netzwerk für einen integrativen Austausch etablieren, um Kontakt von Flüchtlingen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu ermöglichen.

... hat wenig Erfolg, wenn es bei einem reinen Frontalunterricht bleibt. Werte müssen erlebbar gemacht werden und dies kann nur im Austausch gelingen. Es müssen mehr Angebote bereitgestellt werden, die auf Begegnung, Dialog, geschichtliche, politische und kulturelle Bildung setzen. Die Wertevermittlung muss wieder obligatorischer Bestandteil der Integrationskurse werden.

**Sanktionsmöglichkeiten ...** ... sind nie die erste Wahl, sondern immer Ultima Ratio. Fördern und Fordern sind aber zwei Seiten einer Medaille. Wenn wir als Aufnahmegesellschaft alle Anstrengungen unternehmen, um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen, erwarten wir das auch von den Menschen, die zu uns kommen, um mit uns zu leben und zu arbeiten. Das ist fair und gerecht.

... helfen oft nicht wirklich weiter und treffen eher die Träger statt die Betroffenen. Stattdessen sollten Anreize geschaffen und Erfolgsmeilensteine gesetzt werden, die einer Nichtteilnahme vorbeugen. Motivation erzielt im Gegensatz zu Sanktionen einen höheren Lernerfolg.





... sind Grundpfeiler einer erfolgreichen Integration und erster Schritt zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die Freien Demokraten wollen Qualität, Effizienz und Verbindlichkeit der Kurse verbessern. Durch eine Verringerung der Gruppengrößen, flexiblere Handhabung der Stundenkontingente und eine bessere Verknüpfung mit Angeboten zur Kinderbetreuung wollen wir den Lernerfolg deutlich steigern.

... verbindlicher ausgestaltet werden, da nur ungefähr die Hälfte aller Teilnehmer das Ziel der Deutschprüfung (Sprachniveau B 1) erreicht. Zwischentests, Feedbackgespräche und obligatorische Auffangmodule sollen die Teilnehmer unterstützen. Mit dem Einsatz von ehemaligen Berufsschullehrern, Ausbildern und Prüfern könnte darüber hinaus das Angebot an Kursen für Berufsfachsprache ausgeweitet werden.

... ist neben der Sprache zentrale Säule der Integration. Wir wollen Menschen, die zu uns kommen, mit unserer Kultur und Rechtsordnung vertraut machen, damit sie Teil der Gesellschaft werden können. Deshalb wollen wir beim Bund erreichen, dass möglichst allen Geflüchteten – mit Ausnahme derer aus sicheren Herkunftstaaten – frühzeitig die Chance gegeben wird, an einem Integrationskurs teilzunehmen.

... können dazu dienen, die Verbindlichkeit der Kurse zu erhöhen und eine unentschuldigte Nicht-Teilnahme zu vermeiden. Die Durchsetzung von Sanktionen sollte aber nicht zu unnötiger Bürokratie für die Integrationskursträger führen. Vielmehr sollten Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit Ausländerbehörden und Sozialleistungsträgern wie z. B. Jobcentern verbessert werden.

... müssen flächendeckend angeboten werden. Sie bieten den ersten Zugang zu Sprache und Orientierung in Deutschland. Deshalb ist es so wichtig, dass sie für alle Zugewanderten geöffnet werden – unabhängig von sogenannter Bleibeperspektive und Aufenthaltsstatus.

... sich mehr an den individuellen Bedürfnissen und Lebenswirklichkeiten der Teilnehmenden orientieren. Dies erfordert flexiblere Stundenkontingente, bessere Kinderbetreuung und kleinere Gruppen. Besonders mit Blick auf Nachhaltigkeit muss praxisorientiertes Projektlernen in Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr, kommunalen Akteuren, Ehrenamtlichen und Verbraucherzentralen gewährleistet werden.

... findet am ehesten statt und im direkten Umgang mit dem sozialen Umfeld statt. Werte werden gelebt und erfahren. Orientierungs- und Integrationskurse sollten zusammengeführt und mit Inhalten gefüllt werden, die den Teilnehmenden im Alltag helfen. Dazu gehört, Besuche an externen Orten und den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen immer mit einzubeziehen.

... müssen sinnvoll und umsetzbar sein. Auf die Bildungseinrichtungen, die sowieso selber keine Sanktionsmöglichkeiten haben, dürfen die finanziellen Folgen bei Nichtteilnahme nicht abgewälzt werden. Ohnehin brauchen wir nicht etwa mehr Sanktionen, sondern mehr Positivreize und bessere Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Begleitung der Kurse von Sozialarbeiter\*innen, um die Erfolgchancen zu steigern.

... sind essenziell für ein gedeihliches Miteinander mit anerkannten Asylbewerbern und legalen, qualifizierten Zuwanderern. Zentrales Element dabei ist ein effizienter Deutschunterricht als Basis für erfolgreiche Wertevermittlung und dem Verständnis der Anforderungen in diesem Land sowie als Voraussetzung für eine gute Beschulung und Ausbildung zur Teilnahme an einem selbstbestimmten Erwerbsleben.

... auf die oft sehr unterschiedlichen Vorqualifikationen und auch die gesamte Lebenssituation der Kursteilnehmer abgestimmt werden, was auch Auswirkungen auf die jeweilige Teilnehmerzahl haben wird. Damit kann zudem die katastrophale Abbruchquote deutlich verringert werden, was dringend geboten ist. Für Gestattete oder abgelehnte Asylbewerber sind Deutschkurse geringerer Intensität ausreichend.

... ist wesentlicher Bestandteil eines Integrationskurses und daher obligatorisch für alle Teilnehmer des Kurses, da eine Integration und erfolgreiche Teilnahme an einem selbstbestimmten Erwerbsleben ohne Kenntnis und Anerkennung der Werte des Gastlandes unmöglich sind. Dazu gehört auch eine Abschlussprüfung, ggfs. mit anschließender Wiederholung des Kurses.

... dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Die Verbindlichkeit wird immer erst als solche empfunden, wenn Sanktionen realer Teil einer Maßnahme sind. Unentschuldigte Fehlstunden müssen Folgen haben. Nach Auswertung von verbindlichen Zwischentests ist auf Defizite zu reagieren. Erforderlich ist eine Kombination aus Sanktionen auf der einen und Anerkennung auf der anderen Seite.

# Sie haben die



Fotos: Schälte

15. Mai 2019 – Nach der Bombardierung der Möhnetalsperre in Arnberg riss eine Flutwelle gegen Ende des Zweiten Weltkriegs rund 1.500 Menschen in den Tod, darunter rund 700 Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangene. Mit einer Ausstellung im Landtag erinnern Jugendliche an die verstorbenen Frauen aus Osteuropa und der Sowjetunion und zeigen eindruckliche Kunstwerke zu einem lange verdrängten Thema.

Sie lebten eingepfercht in Baracken in zermürbender Enge. Junge Zwangsarbeiterinnen, die vornehmlich aus der Ukraine und Russland zu den Möhnewiesen nahe Arnberg-Neheim gebracht worden waren, um unter sklavenähnlichen Bedingungen für heimische Firmen zu schuften. „Hunger, Hunger, ein unvergesslicher Hunger all diese Zeit“, schrieb eine der Frauen über die erbärmliche Kost, bestehend aus einer „schrecklichen“ Krautsuppe am Mittag und nassen Brotstückchen am Abend. „Wie haben wir das ausgehalten?“, fragte sie verzweifelt. Es mangelte an allem: Platz, Medikamenten, Hoffnung. Eingesperrt hinter Stacheldraht lebten die teils minderjährigen Zwangsarbeiterinnen ohne Eltern Tausende von Kilometern entfernt von ihrer Heimat.

Und dann die Katastrophe: Es geschah in der Nacht auf den 17. Mai 1943. Britische Streitkräfte bombardierten im Zuge der Operation „Züchtigung“ die Staumauer des Möhnesees, um gegen die deutsche Rüstungsindustrie vorzugehen. Die Mauer brach, eine bis zu zwölf Meter hohe Flutwelle preschte durch die

Täler der Möhne und Ruhr. In kürzester Zeit zerschmetterte sie hunderte Gebäude, zerstörte dutzende Eisenbahn- und Straßenbrücken und setzte mehrere Kraftwerke außer Betrieb. Erst bei Hattingen im Ruhrgebiet nahm die Wucht der Flutwelle ab.

Die Folgen waren verheerend. Schätzungen zufolge starben mehr als 1.500 Menschen. Unter den Opfern waren die rund 700 Zwangsarbeiterinnen sowie belgische, französische und andere Kriegsgefangene. Da die Quartiere

nachts abgeschlossen waren und ein Stacheldraht das Gelände abgeriegelt hatte, gab es kein Entkommen vor der Flutwelle, die die Baracken wie Streichholzschachteln fortspülte. Darüber zu reden, war – wie vielerorts in der Nachkriegszeit – auch in Arnberg lange tabu: Als in den 1970er-Jahren vor der Kirche am Neheimer Markt eine Stele zum Gedenken an die Opfer errichtet wurde, fehlte der Hinweis auf die Zwangsarbeiterinnen.

## Mahnung an die Gegenwart

Um sie vor dem Vergessen zu bewahren, haben sich Jugendliche aus Arnberg in ihrer Freizeit am Projekt „Opfer der Möhnewiesen“ der Künstlerin Astrid Breuer und der Bürgerstiftung Arnberg beteiligt. Die in der Bürgerhalle des Landtags gezeigte Ausstellung sei „berührend“, sagte André Kuper, Präsident des Landtags, bei der Eröffnung. Das Anliegen der Jugendlichen sei gewesen, den Zwangsarbeiterinnen ihre mit Füßen getretene Würde wiederzugeben – auch als Mahnung, damit sich die Verbrechen und der Rassenwahn des

## Ausstellung

Für die gemeinsame Ausstellung mit Schülerinnen und Schülern wurden die Künstlerin Astrid Breuer und die Bürgerstiftung Arnberg im vergangenen Jahr mit dem NRW-Jugendkulturpreises ausgezeichnet. Interessierte können die Ausstellung im Landtag bis zum 2. Juni 2019 samstags und sonntags zwischen 11 und 17 Uhr besuchen. Ein 32-seitiger Katalog mit Abbildungen der Kunstwerke sowie Hintergründen zur Ausstellung ist im Internet abrufbar.

[www.denktag.de/2018moehnewiesen](http://www.denktag.de/2018moehnewiesen)



# Zukunft nie erleben dürfen

Nationalsozialismus nicht wiederholen. „Es ist dieses Engagement, das eine demokratische Gesellschaft braucht, die niemals vergisst.“

Über einen Zeitraum von zwei Jahren haben sich 17 Schülerinnen und Schüler des Arnsberger St.-Ursula-Gymnasiums mit den Lebensgeschichten der Verstorbenen befasst. Anhand von originalen Passbildern und Firmenkartekarten haben sie Zeichnungen, Skulpturen und Porträts angefertigt. Zudem haben sie kurze Briefe an die ihnen unbekanntem Opfer verfasst. „Zur Erinnerung“ – heißt es auf dem Ankündigungsplakat der Ausstellung.

## Briefe an Verstorbene

„Liebe Motrja, ich habe Dich als alte Dame, die Du vielleicht hättest werden können, gemalt. So wirst Du viel greifbarer und realer als auf dem Passfoto Deiner Karteikarte“, schreibt eine Arnsberger Schülerin in ihrem Brief an die junge Ukrainerin. Im Hintergrund ihres Porträts erscheinen Gitter, Zeitungsberichte und historische Fotos. Dazu die Worte: „Die Bilder hinter Dir dokumentieren die Katastrophe, die Deinem jungen Leben als 15-jähriges Mädchen ein Ende setzte.“

Eine andere Schülerin wendet sich an die verstorbene Alexandra mit den Worten: „Mit meinem Bild möchte ich Dir die Zukunft zeigen, die Du nie erleben durftest. Du warst 19, Dein Leben lag noch vor Dir.“ Seitdem sei viel passiert. „Wir Menschen haben Kriege geführt und waren auf dem Mond, wir haben geliebt, geweint, gelebt und wir schreiben die Geschichte weiter (...) Wir müssen uns an Dich erinnern, nicht vergessen, damit Du ein Teil der Zukunft wirst.“

Die Kunstwerke und Briefe knüpfen an eine umfangreiche Recherche der Geschichtswerkstatt „Zwangsarbeit Arnsberg“ und des Heimatvereins Neheim-Hüsten an. Demnach wurde das Zwangsarbeiterlager Möhnwiesen von heimischen Unternehmern im Frühjahr und Sommer 1942 geplant, beantragt und nach behördlicher Genehmigung errichtet. Auf dem Möhnfriedhof in Neheim wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Gedenksteine für die Opfer errichtet. Seit dem 17. Mai 2015 erinnert auch ein Mahnmal an der Staumauer an die Kriegsnacht und ihre Opfer. Bombardiert wurden damals in der Region auch fünf weitere Talsperren: die Lister-, Sorpe- und Ennepetalsperre sowie die Diemel- und Edertalsperre in Nordhessen. Die verheerendsten Folgen gab es an der Möhnetsperre. tob



André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, im Gespräch mit Jugendlichen aus Arnsberg, die zwei Jahre an der Ausstellung gearbeitet haben.

## Zwangsarbeit im NS-Regime

Das nationalsozialistische Deutschland schuf eines der größten Zwangsarbeits-Systeme der Geschichte: Rund 13 Millionen ausländische Zivilarbeitskräfte, Konzentrationslager-Häftlinge und Kriegsgefangene mussten im Verlauf des Zweiten Weltkriegs für Deutschland arbeiten. Auf dem Höhepunkt des Einsatzes von „Fremdvölkischen“, wie es im Nazi-Jargon hieß, lebten im August 1944 sechs Millionen zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Deutschen Reich, die meisten von ihnen stammten aus Polen und der Sowjetunion. Mehr als ein Drittel von ihnen waren Frauen, von denen die meisten gewaltsam verschleppt wurden. Außerdem mussten 1944 fast zwei Millionen Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft arbeiten.

Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter wurden in Fabriken, vornehmlich für die Rüstungsindustrie, aber massenhaft auch in der Landwirtschaft, im Bergbau, im Handwerk, auf Baustellen, in Gaststätten oder Privathaushalten eingesetzt. Schätzungen zufolge gab es rund 30.000 Zwangsarbeiterlager im Deutschen Reich.

Die Lebensbedingungen seien je nach Nation, rechtlichem Status und Geschlecht unterschiedlich gewesen, schreibt der Historiker Cord Pagenstecher in einem Online-Artikel der Bundeszentrale für politische Bildung. Menschen

aus der Sowjetunion und aus Polen seien durch diskriminierende Sondererlasse der Willkür der Gestapo und anderer polizeilicher Dienststellen wehrlos ausgeliefert gewesen. Erträglicher, aber dennoch entbehrungsreich und demütigend, sei das Leben für westeuropäische oder der „nordischen Rasse“ zugerechnete Facharbeiter und Ingenieure gewesen. Am schlimmsten habe es Konzentrationslagerhäftlinge getroffen, vor allem Juden, Sinti und Roma und andere Gruppen, die für die „Vernichtung durch Arbeit“ vorgesehen waren.

Jahrzehntelang schwiegen deutsche Unternehmen und Regierungen über das deutsche Zwangsarbeitersystem. Erst im Jahr 2000 wurde nach langwierigen Verhandlungen die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zur Entschädigung von Zwangsarbeit gegründet. Das Vermögen belief sich laut Angaben der Stiftung ursprünglich auf rund 5,2 Milliarden Euro. Davon wurden rund 2,6 Milliarden Euro von rund 6.500 deutschen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Weitere 2,6 Milliarden Euro trug der Bund zum Stiftungsvermögen bei. Ein Großteil dieser Summe, knapp 4,4 Milliarden Euro, kam rund 1,7 Millionen überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zugute. Zwischen 2001 und 2007 erhielten die Überlebenden, darunter auch ehemalige KZ-Häftlinge, eine einmalige Zahlung zwischen 500 und 7.700 Euro.

# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Kinderarmut gemeinsam entgegnetreten!

Die Entwicklung der Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen ist auf einem dramatischen, neuen Höchststand: Beinahe jedes fünfte Kind ist arm. „Kein Kind zurücklassen!“ war einmal das zentrale Projekt von Rot-Grün und der damaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Die dramatischen Zahlen der Jahr für Jahr wachsenden Zahl der Kinder in Armut lassen jedoch leider am Erfolg zweifeln. Die NRW-Koalition will diesem Missstand ein Ende setzen und gemeinsam der Kinderarmut in unserem Land entgegentreten. Mit dem Werkstattgespräch „Kein Kind in Armut!“ hat die CDU-Fraktion die Gelegenheit genutzt, um mit Expertinnen und Experten sowie weiteren Gästen über das Thema zu diskutieren und neue Impulse in die politische Arbeit aufzunehmen. Impulsgeber für die Diskussionsrunde waren unter anderem

Sozialminister Karl-Josef Laumann, Prof. Dr. Irene Gerlach (Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik) sowie Dr. Regina von Görtz (Bertelsmann Stiftung). Kinderarmut ist mit zwei wesentlichen Faktoren zu erklären: Familienstruktur und nicht vorhandene Elternerwerbstätigkeit. Daher liegt für die NRW-Koalition



Werkstattgespräch „Kein Kind in Armut!“ mit Jens Kamieth MdL, Bodo Löttgen MdL, Dr. Regina von Görtz, Prof. Dr. Irene Gerlach und Peter Preuß MdL (v.l.n.r.).

der Schlüssel gegen Kinderarmut bei einem integrierten Ansatz aus Wirtschafts-, Familien- und Bildungspolitik. Ein Hauptziel der Politik muss es sein, Eltern in die Erwerbstätigkeit zu bringen. Mit guten Rahmenbedingungen schaffen wir als NRW-Koalition eine gute Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in unserem Land. Außerdem wollen wir durch mehr Anreize den Ausbau einer familienbewussteren Personalpolitik bei den Arbeitgebern erreichen. Gute Arbeitsplätze sind die beste Armutsbekämpfung. Der Austausch hat gezeigt, dass wir uns damit auf dem richtigen Weg befinden.



### „Familien und Kinder stark machen“



„Meine Kinder sollen es später einmal gut haben“ – das ist der Leitspruch, hinter dem sich Eltern vereinen können. Leider entscheidet heute aber immer häufiger die Herkunft über Zukunftschancen von Kindern und eben nicht ihr Talent, ihr Fleiß und ihr Engagement. Einer Gesellschaft, die zusammenhält, kann das nicht egal sein. Im Rahmen der Themenwoche „Familien und Kinder stark machen“ hat die SPD-Fraktion daher

eine Reihe von Initiativen ins Plenum eingebracht, mit denen die Chancen von Kindern und Familien gerechter gestaltet werden können. „Die Landesregierung aus CDU und FDP agiert auch auf diesem Feld leider zu zaghaft“,

sagt Dennis Maelzer, familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Insbesondere bei der Umsetzung des ‚Gute-Kita-Gesetzes‘ von Franziska Giffey zeigt sich, dass Schwarz-Gelb diese Steilvorlage aus Berlin gerade ver stolpert. Mutige Investitionen in Qualitätssteigerungen, verbesserte Öffnungszeiten oder wirkliche Beitragsfreiheit lassen weiter auf sich warten.“ Das gilt auch für eine zielgenaue Unterstützung von Alleinerzie-

henden. Ihre Lebenssituation mit der besonderen Belastung durch Erziehung, Beruf und Haushaltsführung stellt sie oft vor große Herausforderungen. „Daher haben wir einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, der ihnen vor allem in den Bereichen Zeitsouveränität, Kinderbetreuung und Berufsperspektive das Leben erleichtern kann“, so Maelzer weiter. Vor allem eine Kindergrundsicherung könne dabei eine große Unterstützung und Entlastung sein. Deshalb hat die SPD-Fraktion gefordert, Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag und andere Leistungen zu einer Kindergrundsicherung zusammenzuführen. Maelzer: „Es ist Zeit für einen Systemwechsel.“





## Zukunftsthemen bestimmen auswärtige Sitzung der FDP-Fraktion

Erfolgreicher Strukturwandel, starkes Handwerk und die Sicherung der guten deutsch-britischen Beziehungen waren die Themen bei der auswärtigen Fraktionssitzung der FDP-Landtagsfraktion. Dr. Rachel King, Abteilungsleiterin EU und Wirtschaft, Britische Botschaft, berichtete über den Stand des Brexit und gab einen Ausblick auf die bilateralen Beziehungen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.



Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christof Rache betonte: „Das Vereinigte Königreich ist für NRW und ganz Deutschland ein enorm wichtiger Partner.“ Im Positionspapier „We love UK“ schlägt die FDP-Landtagsfraktion vier konkrete Maßnahmen vor, um den Zusammenhalt zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich zu stärken: Ein Parlamentarisches Europa-Stipendium soll ins Leben gerufen, Städtepartnerschaften sollen intensiviert, Sportvereine bei Auslandsreisen unterstützt sowie eine direkte Bahnverbindung zwischen Deutschland und England geschaffen werden.

Verantwortung, Wertschätzung, Entlastung und Zukunft des Handwerks waren die Themen von Holger Schwannecke, Ge-

neralsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). Er unterstrich, dass das Handwerk als Ausbilder und Arbeitgeber, Innovationstreiber und Integrator einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leistet. Strategien zur Sicherung und Stärkung von Beschäftigung im Strukturwandel standen im Mittelpunkt des Gedankenaustauschs mit Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Der FDP-Landtagsfraktion ist der Dialog mit allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren ein wichtiges Anliegen.



## Einrichtung einer Stelle einer bzw. eines unabhängigen Polizeibeauftragten für NRW

Die Grüne Fraktion im Landtag NRW hat einen Gesetzentwurf für die Stelle einer bzw. eines Polizeibeauftragten erarbeitet, die oder der als unabhängige Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie Polizeibeamtinnen und -beamte fungieren soll. Die Polizei NRW arbeitet professionell, rechtsstaatlich und bürgerorientiert und genießt in der Bevölkerung großes Vertrauen. Dennoch kann es in Einzelfällen zu Kritik an der Polizei kommen, zum Beispiel bei Verkehrskontrollen oder bei Demonstrationen. Momentan müssen sich Bürgerinnen und Bürger in NRW bei Beschwerden über die Polizei an die Polizei selbst wenden. Das stellt für viele Menschen eine Hürde dar – dabei würde vielen ein klärendes Gespräch bereits helfen. Die oder der Polizeibeauftragte soll zudem bei Konflikten innerhalb der Polizei vermitteln



können – sei es bei Ungleichbehandlung durch Vorgesetzte oder bei mangelhafter Ausrüstung. Auch für strukturelle Fehlentwicklungen, wie sie zuletzt im Fall Lügde bekannt wurden, soll sie oder er ansprechbar sein. Der oder die Poli-

zeibeauftragte soll das Recht zur Akteneinsicht, ein Betretungsrecht für Dienststellen und Fahrzeuge sowie ein Befragungsrecht bekommen. Eine solche Stelle kann den professionellen Umgang mit Fehlern in den Behörden stärken sowie strukturelle Defizite erkennen und Verbesserungsvorschläge machen.

Die Person soll durch den Landtag für eine Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Die Stelle soll beim Landtag angesiedelt sein, um die Unabhängigkeit gegenüber der Landesregierung sicherzustellen.



## 2 Jahre AfD im Landtag NRW: Eine Bilanz

Als die AfD am 15. Mai 2017 erstmalig in den Düsseldorfer Landtag einzog, waren damit manche Befürchtungen und vonseiten der Wähler viele Erwartungen verknüpft. Was davon hat sich bisher bewahrt, was ist nicht eingetreten?



Was immer auch an Vorurteilen kursierte, die zunächst 16 Abgeordneten erfüllten nur ein Klischee – das des bürgerlich-konservativen Vorzeigebürgers: gut gekleidet, gut gelaunt, stets freundlich und ohne Dünkel. Politische Unerfahrenheit wurde mit Fleiß und Leistungswille kompensiert, allein das Arbeitspensum sorgte bereits am Anfang für viel Anerkennung.

Man wolle die AfD „politisch stellen“, hatten die anderen Parteien vollmundig gedroht und damit eine parlamentarische Auseinandersetzung mit den „Neuen“ in Aussicht gestellt. Tatsächlich aber passierte das Gegenteil: einen Präsidiumsplatz verweigerte man der neuen Fraktion und änderte damit eine jahrzehntelange Tradition, an Entscheidungsprozessen und gemeinsamen Entschlüssen wurde und wird die AfD nicht beteiligt, ihre Anträge werden ungeachtet ihres Inhalts abgelehnt (und manchmal gar mit leicht verändertem Wortlaut selbst wieder eingebracht) und in Debatten geht man auf das eigentliche Thema lieber gar nicht

erst ein, sondern erschöpft sich in pauschalen Beschimpfungen, abseits der Sache.

Das ist oft frustrierend, lässt zweifeln an der Redlichkeit und Aufrichtigkeit so mancher selbsternannter Demokraten. Doch genau das spornt die AfD-Fraktion, die ihre anfängliche politische Unerfahrenheit längst abgestreift hat, weiter an. Mit Fleiß, Zielstrebigkeit, Geduld und Energie wird sie sich weiterhin gegen den Filz des politischen Establishments und für die Interessen der Bürger dieses Landes einsetzen. Denn dafür wurde sie gewählt.



# Warum der Jugendausschuss 1971

Mai 2019 – Landtag Intern wird 50. Von der ersten Ausgabe bis heute sind Tausende Artikel erschienen. Aus Anlass des runden Geburtstags blickt die Redaktion auf fünf Jahrzehnte landespolitischer Berichterstattung zurück. Zunächst stehen die 1970er-Jahre im Mittelpunkt; der Landtag hatte damals noch seinen Sitz im Ständehaus am Schwanenspiegel (Bild unten). Rückblicke auf weitere Dekaden werden folgen. Ist die Textauswahl repräsentativ? Nein, sicher nicht. Hätte man andere Schwerpunkte setzen können? Bestimmt. Die Beiträge deuten aber an, was die Menschen in den 1970ern bewegt hat. Die damals gültige Rechtschreibung wurde beibehalten. Wer mehr lesen will: Auf der Homepage des Landtags ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)) finden sich alle Ausgaben der Parlamentszeitschrift von den Anfängen bis heute.

## Ausschuss guckt Sesamstraße

In der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und politische Bildung am 11. Oktober, zu der die übrigen Mitglieder des Landtags geladen waren, wurde ein Pilotfilm der amerikanischen Fernsehreihe „Sesame Street“ vorgeführt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Pohle (SPD), begrüßte besonders den Direktor des 3. Fernsehens, Werner Höfer, und den Leiter der Abteilung „Schulfernsehen“, Dr. Klaus Katz, vom Westdeutschen Rundfunk in Köln. Der WDR plant, diese amerikanische Fernsehreihe „Sesame Street“ zur Vorschulerziehung auch dem deutschen Publikum zugänglich zu machen. (Oktober 1971)

## Kohlekrise

Vor dem Hintergrund der Krise im Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik und insbesondere der Bergbau-Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG fand am 19. September vor dem Wirtschaftsausschuß des Düsseldorfer Landtags eine zweite öffentliche Sachverständigen-Anhö-

rung statt, an der neben dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) führende Bergbau-Experten teilnahmen. Einmütig stellte man jetzt fest, daß sich die Situation im Steinkohlenbergbau seit dem ersten Hearing im April dieses Jahres im letzten halben Jahr noch erheblich verschlechtert hat. (September 1972)

## Kommunale Neugliederung

Die kommunale Neugliederung ist nach zehn Jahren jetzt auch juristisch abgeschlossen. Von insgesamt 2.391 Gemeinden, kreisfreien Städten und Kreisen haben 97 (= 4,1 Prozent) den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen angerufen, um sich gegen die Aufgabe ihrer Selbständigkeit zu wehren. Lediglich fünf der 97 Gemeinden haben das Ziel der Selbständigkeit im Klageweg erreicht: Heimbach, Wesseling, Meerbusch, Monheim und Gladbeck. Als letzte Entscheidung wurde die Verfassungsbeschwerde der Stadt Eiserfeld gegen den Zusammenschluß mit Siegen zurückgewiesen. (Mai 1977)

## Kooperative Schule

In einer Kampfabstimmung verabschiedete der Landtag am 26. Oktober mit der SPD/F.D.P.-Mehrheit in dritter Lesung das Gesetz über die Kooperative Schule. Das Gesetz tritt am 1. August 1978 in Kraft. Die CDU-

Opposition stimmte gegen die Gesetzesvorlage. (...) In der vierstündigen zeitweise erregten Plenardebatte prallten die unterschiedlichen Meinungen der SPD/F.D.P.-Koalition und der CDU-Opposition über die Schulpolitik hart aufeinander. Noch einmal betonten die Koalitionssprecher, mit der Kooperativen Schule solle ein umfassendes Schulangebot auch bei geringeren Schülerzahlen möglich sein. Die CDU befürchtet, über die Kooperative Schule werde eine „sozialistische Einheitsschule“ angestrebt. (Oktober 1977)

Mit der einstimmigen Annahme eines Gesetzes zur „Änderung des Schulverwaltungsgesetzes“ hat der Landtag am 13. April die Orientierungsstufe und die Kooperative Schule wieder aus dem nordrhein-westfälischen Schulrecht beseitigt. Damit zog das Landesparlament auf Empfehlung der Landesregierung die Konsequenz aus dem erfolgreichen Volksbegehren gegen die Kooperative Schule. (April 1978)

## Verfassungsfeinde

Einigkeit herrscht im Landtag darüber, daß Verfassungsfeinde nicht im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen. Abgeordnete der CDU-Fraktion und der Koalitionsfraktionen SPD und F.D.P. sprachen sich am Donnerstag,

## 50. Jahrgang

Die Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint im 50. Jahrgang. In loser Folge berichtet die Redaktion über den anstehenden runden Geburtstag. Im ersten Teil (1/2019) ging es um die „Geburt“ von Landtag Intern und um die erste Ausgabe: zehn eng beschriebene Seiten mit 21 Überschriften und sechs Bildern. In der zweiten Folge (3/2019) beschrieb die Redaktion, wie ein Heft entsteht.





# „Sesamstraße“ guckte

26. September, in einer mehrstündigen Debatte übereinstimmend gegen die Beschäftigung von Rechts- und Linksextremisten im Staatsdienst aus. Meinungsverschiedenheiten gab es nur darüber, nach welcher Methode die Überprüfung von Personen geschehen soll, die unter dem Verdacht stehen, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) gab dem Parlament einen Beschluß des Kabinetts bekannt, nachdem eine Regierungskommission gebildet werden soll, die jeden Fall, in dem Extremismus vermutet wird, prüft. (September 1974)

## Fußball-WM 1974

Mit Bedauern vermißte der Sportausschuß des Landtags in seiner Sitzung am 15. Dezember eine klare Aussage des Deutschen Fußball-Bundes über die Festlegung der Austragungsorte und die Bestimmungen der einzelnen Großstadion für die Gruppenspiele zur Fußballweltmeisterschaft 1974. Das Schweigen des DFB zu dieser für die Investitionsbereitschaft der betreffenden Städte so bedeutsamen Frage wird aber nicht dazu führen, daß das Land Nordrhein-Westfalen seine klare Aussage im Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 und in der Regierungserklärung vom 28. Juli 1970 zur Förderung von vier Großstadion in Köln, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Dortmund einschränkt. (Dezember 1970)

## Milch statt Cola

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß an den nordrhein-westfälischen Schulen statt Cola-Getränken verstärkt Milchprodukte angeboten werden sollten. Kultusminister Jürgen Girsensohn (SPD) sicherte auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Fritz-Werner Hoberg ferner zu, die bisher für die Schulmilch gewährten Landesmittel weiter zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung sei mit der Wissenschaft der Auffassung, daß Jugendliche, die „zu Mißbrauchverhalten gegenüber Genußmitteln wie Cola und Nikotin neigen“, auch für den Drogenmißbrauch anfälliger sind. Die Lehrer seien deshalb im Rahmen der Gesundheitserziehung darum bemüht, die Schüler zu einem angemessenen und gesunden Konsumverhalten zu erziehen. (Juni 1973)

## Baader-Meinhof-Bande

Justizminister Dr. Posser hat die Vorwürfe des SPD-Abgeordneten Professor Hereth, in den Justizvollzugsanstalten Köln-Ossendorf und Essen würden die Gefangenen „in strengster Isolation nach außen und in vollständiger Absonderung nach innen gehalten“, zurückgewiesen. Hereth hatte in seiner Anfrage besonders die sogenannte „stille Abteilung“ in Köln-Ossendorf kritisiert, in der die Chefin der Baader-Meinhof-Bande, Ulrike Meinhof, und Astrid Proll mehrere Monate gefangengehalten wurden. (März 1974)

## Verkehrsnachrichten

Die Landesregierung will sich dafür einsetzen, daß eine Senderkette für eine Verbreitung regionaler Verkehrsnachrichten geschaffen wird. Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) sicherte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Dr. Franz-Josef Antwerpes weiter zu, daß in Zukunft Meldungen über Verkehrsstörungen unverzüglich an den Autofahrer übermittelt werden sollen. Durch technische Einrichtungen sollte dabei erreicht werden, daß sich das Autoradio bei Verkehrsdurchsagen automatisch einschaltet und den jeweiligen örtlichen Sender einstellt. (September 1973)

## ADAM und EVA

Mit ADAM und EVA beginnt eine kurze Einführung in die Elektronische Datenverarbeitung für Steuerbeamte in NRW, die – so Finanzminister Wertz – „in Zukunft mit dem Computer leben müssen“. Der Verfasser, Ministerialrat Gierse, definiert die beiden grundlegenden Vorgänge so: Unter „Automation“ versteht man die „Durchführung von Arbeitsanweisungen mit Hilfe von Maschinen“ (ADAM) und dann: die Einzelheiten gliedern sich in „Eingabe, Verarbeitung und Ausgabe von Daten“ (EVA). Die Anlage, die rechnet, aber auch Wörter sucht, streicht oder hinzufügt, ist der „Computer“, zu deutsch Rechner. (März 1971) zab





Foto: Schälte

## Laschet als Kulturbevollmächtigter

3.5.2019 – Ministerpräsident [Armin Laschet](#) (CDU) hat im Ausschuss für Europa und Internationales über die Schwerpunkte seines Mandats als Kulturbevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland berichtet, das er seit Januar im Rahmen des Élysée-Vertrags innehat. Den Vertrag haben Deutschland und Frankreich im Jahr 1963 unterzeichnet, um sich über eine gemeinsame Linie in politischen Grundsatzzfragen zu verständigen. Da in Deutschland die Bundesländer für Kultur und Bildung zuständig seien, verhandle turnusgemäß ein Ministerpräsident der Länder diese Themen mit der französischen Regierung, sagte Laschet. Er nehme dieses Amt des Bevollmächtigten als zweiter nordrhein-westfälischer Ministerpräsident nach Heinz Kühn (SPD, 1969-1970) ein. In seiner bis Ende 2022 dauernden Amtszeit wolle er sich dafür einsetzen, dass Deutschland und Frankreich so eng wie keine anderen Länder auf der Welt kooperierten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei im Januar die Unterzeichnung des Vertrags von Aachen gewesen, der an den Élysée-Vertrag anknüpfe, sagte Laschet. Deutschland und Frankreich würden sich darin in einer Zeit, in der Standpunkte wie „Mein Land first“ verbreitet seien, zu einem starken Europa bekennen. Als Kulturbevollmächtigter wolle er sich dafür einsetzen, dass Städtepartnerschaften und Austauschprogramme wie „Erasmus+“ gestärkt werden, sagte Laschet. Auch wolle er dafür sorgen, dass Forschungs- und Innovationsnetzwerke u. a. zur Künstlichen Intelligenz sowie digitale Medienplattformen aufgebaut werden.

## Keine Gefahr durch Reststoffe

8.5.2019 – Der einstige Einsatz von Abfall- und Reststoffen zur sogenannten Bruch-Hohlraumverfüllung im Steinkohlenbergbau birgt laut einem Gutachten ([Vorlage 17/1514](#)) keine Risiken für die Oberflächengewässer und das Grundwasser. Auch von früher eingesetzten

PCB-haltigen Betriebsstoffen gehe keine Gefahr für Mensch und Umwelt aus. Das Gutachten war Mitte 2015 vom Umweltministerium und vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben worden und wurde vorgestellt in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie des Unterausschusses Bergbausicherheit. Gutachter Dr. Michael Denneborg erläuterte, dass zur Verfüllung von Hohlräumen im Bergbau insbesondere Asche aus der Hausmüllverbrennung verwendet worden sei. Mit der ersten Freisetzung von Schwermetallen sei erst in etwa 1.000 Jahren zu rechnen, und auch dann werde kein Risiko für Grund- und Oberflächenwasser bestehen. Das als krebsauslösend geltende PCB sei zwischen 1964 und 1986 als nicht brennbares Hydrauliköl eingesetzt worden. Auch hier bestehe kein Risiko. Vertreterinnen und Vertreter aller fünf Fraktionen bedankten sich für das Gutachten und stellten zahlreiche Nachfragen.

## Personalmangel bei der Bahn

8.5.2019 – Der Verkehrsausschuss hat sich mit dem Personalmangel im Schienenpersonen-nahverkehr (SPNV) befasst. Grundlage dazu war ein Bericht der Landesregierung zum Programm „Fokus Bahn“, das das Land NRW, die Verkehrsverbünde sowie Bahnunternehmen auf den Weg gebracht haben, um dem Personalmangel in der Branche entgegenzuwirken. Besonders Lokführer, aber auch Zugbegleiterinnen und -begleiter sowie Kundenbetreuerinnen und -betreuer würden dringend gesucht, sagte eine Vertreterin des Verkehrsministeriums. Im Februar sei eine Imagekampagne zur Rekrutierung von Fachkräften gestartet worden. Es werde geprüft, ob Unternehmen über Streckenausschreibungen dazu verpflichtet werden könnten, mehr Fachkräfte auszubilden. Bahnunternehmen hätten zudem ein Abkommen unterzeichnet, das eine Kostenerstattung vorsehe, wenn Mitarbeiter nach ihrer Ausbildung das

Unternehmen verließen. [Klaus Vossemer](#) (CDU) lobte, die Landesregierung habe wichtige und wirksame Maßnahmen auf den Weg gebracht. [Carsten Löcker](#) (SPD) sprach von einem notwendigen „Wiederaufbauprogramm“, das allerdings vor allem deshalb notwendig sei, weil in der Vergangenheit „Lohn- und Sozialdumping“ betrieben worden sei. [Bodo Middeldorf](#) (FDP) bezeichnete die Maßnahmen als überfällig, um die erheblichen Einschränkungen im Bahnverkehr in den Griff zu bekommen. [Nic Peter Vogel](#) (AfD) lobte die Zusammenarbeit mit Bahnunternehmen und geplante Mentoring-Programme für Auszubildende. [Johannes Remmel](#) (Grüne) wies darauf hin, dass Vergabekriterien bei Ausschreibungen mehr an der Qualität als am Preis von Dienstleistungen orientiert sein sollten und sich dies positiv auf Arbeitsbedingungen auswirken könne.

## Behindertensport

21.5.2019 – Die Arbeit des Deutschen Behindertensportverbandes/National Paralympic Committee Germany war Thema im Sportausschuss. Der Präsident des Verbandes, Friedhelm Julius Beucher, und der Vorsitzende des Landesverbandes, Reinhard Schneider, berichteten den Abgeordneten über die Arbeit des Bundes- und der Landesverbände, die rund 577.000 Mitglieder in Deutschland haben. Im Fokus stehe dabei der Leistungssport, so Beucher – das „Flaggschiff“ seien die Paralympics, die stets im Anschluss an die Olympischen Spiele stattfinden. Hier spiele der deutsche Behindertensport mittlerweile „oben mit“ aufgrund der guten Platzierungen der Athletinnen und Athleten in den Nationenwertungen. Beucher berichtete auch von „handfesten Nachwuchsproblemen“, insbesondere weil oftmals der Zugang zu Schulen fehle. Seit diesem Jahr setze der Verband daher auf einen „Talentscout“. Die Abgeordneten stellten zahlreiche Nachfragen, u. a. zur Entwicklung der Förderung in Nordrhein-Westfalen und zur Kooperation mit dem Schulsport.



# Porträt: Norwich Rüße (Grüne)



Wie seine Eltern auf seinen äußerst ungewöhnlichen Vornamen gekommen sind, das wird der Landtagsabgeordnete der Grünen Norwich Rüße wohl nie erfahren. Auf seine Fragen hat der heute 53-jährige Politiker jedenfalls keine Antwort erhalten. Und eigene Nachforschungen haben auch zu keinem Ergebnis geführt. Dafür hat ihm der seltene Name eine enge Verbindung zu der gleichnamigen englischen Stadt in Norfolk und deren Fußballverein verschafft, der gerade in die erste englische Liga aufgestiegen ist – sehr zur Freude von Norwich Rüße.

Als er vor einigen Jahren mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern die idyllische Stadt mit knapp 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern besuchte und Karten für ein Spiel des Norwich City Football Club in der Geschäftsstelle abholen wollte, da waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort so begeistert über den Gleichklang der Namen, dass sie gleich den Teammanager riefen, der die Familie Rüße freundlich begrüßte und durch das ganze Stadion führte.

Norwich Rüße ist nicht nur Landtagsabgeordneter und Sprecher seiner Fraktion für Landwirtschaft, Natur-, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz. Gleichzeitig betreibt er den elterlichen Bauernhof in Steinfurt im nördlichen Münsterland, mindestens zweieinhalb Stunden Fahrzeit vom Landtag in Düsseldorf entfernt. 30 Hektar Nutzfläche, derzeit 17 Hereford-Fleischrinder und rund 250 Schweine versorgt er selbst. Beim Säen, Pflügen und Ernten, beim Füttern und Ausmisten hilft ihm nur eine Teilzeitarbeit. Selbst beim Transport der Schweine zu einem Schlachthof in Unna sitzt Rüße selbst am Steuer.

Die Doppelbelastung als Bauer und Politiker ist zwar, wie Rüße einräumt, „manchmal schwierig“, aber sie habe auch Vorteile. „Ich beschäufte mich praktisch mit dem, was ich im Landtag bearbeite“, sagt er. Landwirte merken in Diskussionen schnell, ob ihre Gesprächspartner aus der

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Norwich Rüße (Grüne). Der 53-Jährige aus dem münsterländischen Steinfurt gehört dem Landesparlament seit 2010 an. Er ist Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion für Landwirtschaft, Natur-, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz.

Politik wüssten, worüber sie redeten, oder ob sie die Probleme nur aus der Theorie kennen. „Ich glaube, dass mir meine Arbeit auf dem Hof auch ein Stück Respekt eingebracht hat.“

Bei den Grünen Mitglied geworden ist Rüße, nachdem er schon einige Zeit als sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Steinfurt mitgearbeitet hatte. Die Verwaltung wollte Ende der 90er-Jahre einen Campingplatz schaffen, an einem Ort, den Rüße für gänzlich ungeeignet hielt. Er nahm auf der Suche nach Verbündeten Kontakt zu den Fraktionen im Rat auf und fand die Grünen damals, wie er sagt, am nettesten, inhaltlich offen und für seine politischen Anliegen am besten geeignet. Damit habe er auch im Trend der Zeit gelegen: Nach anderthalb Jahrzehnten unter dem christdemokratischen Bundeskanzler Helmut Kohl habe sich Aufbruchstimmung breit gemacht, „es war spannend, zu den Grünen zu kommen“, und eine sich abzeichnende Koalition mit der SPD sei zu einem „rot-grünen Projekt“ stilisiert worden.

Heute sieht Rüße die Koalitionsfrage erheblich nüchterner. Mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der die SPD mit der CDU und anderen Parteien über Koalitionen rede, müssten auch die Grünen mit allen demokratischen Parteien über mögliche Regierungsbündnisse sprechen. Dabei fände er gerade bei seinem Spezialgebiet, der Agrarpolitik, ein Bündnis zwischen Grünen und der Union spannend. Denn dann müssten die beiden wichtigsten Widersacher auf diesem Feld einen Kompromiss aushandeln zwischen der mittlerweile zum großen Teil industriell betriebenen Landwirtschaft, die ihre Vertreterinnen und Vertreter in CDU und CSU habe, und der biologisch und extensiv angelegten Agrarstruktur, wie sie die Grünen vertreten würden.

Seine Arbeit im Landtag mag Rüße „total gerne“, die Atmosphäre in dem Rundbau am Rhein habe manchmal sogar „etwas Familiäres“. Auch über einen Mangel an Einfluss könne er sich nicht beklagen, sodass er bislang allen Verlockungen, für den Bundestag in Berlin zu kandidieren, widerstanden hat.

Nordrhein-Westfalen sei nicht nur ein Industrieland, sondern auch ein wichtiger Agrarstandort, betont Rüße. Mit allen möglichen Förderprogrammen, viele davon mit Geldern des Bundes und der Europäischen Union finanziert, entscheide das Land, in welche Richtung

die Entwicklung gehen soll. Wichtige Debatten, etwa über den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung, würden von Nordrhein-Westfalen angestoßen und geführt. Oft sei es indirekter Einfluss, der aber größer sei, als es außerhalb wahrgenommen werde.

Peter Jansen

## Zur Person

Norwich Rüße studierte nach dem Abitur Geschichte und Biologie für das Lehramt in Berlin. Von 1994 bis 1999 war er am Institut für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe tätig. Nach seinem Eintritt bei den Grünen war er von 2000 bis 2010 Geschäftsführer der Partei im Kreis Steinfurt. Seit Juni 2010 ist er Mitglied des Landtags und derzeit Obmann seiner Fraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Hackerangriff/Stabsstelle“. Der 53-Jährige führt im Nebenberuf den elterlichen Bauernhof in Steinfurt.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Vilhelm Moberg, Die Auswanderer. Eine schwedische Chronik, 1949-1959. Vilhelm Moberg schreibt in höchst beeindruckender Art und Weise über die Auswanderung einer schwedischen Bauernfamilie in die USA. In vier Bänden wird der Abschied von der Heimat, das Ankommen in der Neuen Welt und das Gewinnen neuer Heimat geschildert. Die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen werden so gut dargestellt, dass man mitfühlt. Das macht diese Bücher absolut lesenswert!

### Welche Musik hören Sie gerne?

Ich mag musikalisch eigentlich sehr vieles – aktuell z.B. die Musik von Lady Gaga und Bradley Cooper zum Film „A star is born“. Mein absolutes Lieblingsstück ist aber das Violinkonzert Nr. 1, g-Moll von Max Bruch.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Butter & Bier

### Ihr liebstes Reiseziel?

Schwierig – denn eines zu nennen, heißt, viele andere schöne Orte auszuschließen. Wenn es unbedingt sein muss: Spiekeroog! Oder doch Rügen ...?

## Kurz notiert

### Präsidium in Erfurt

Das Präsidium des Landtags hat Anfang Mai das thüringische Landesparlament in Erfurt besucht. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Thüringens Landtagspräsidentin Birgit Diezel standen die Themen Parlamentarismus, Demokratie und Erinnerung. Nach dem Besuch einer Plenarsitzung trafen Landtagspräsident André Kuper, seine Stellvertreterinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis mit den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und -führern der Fraktionen im Thüringer Landtag zusammen.

### Jugend debattiert

Auch in diesem Jahr hat das Landesfinale von Jugend debattiert NRW im Plenarsaal des Landtags stattgefunden. Die Landessiegerinnen und der Landessieger heißen: Lilith Boßmann aus Goch, Hanna Voßen aus Geilenkirchen, Lia Schönweiß aus Köln und Louis Kruse aus Waltrip. Sie werden Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene beim Wettbewerb „Jugend debattiert“ vertreten. Für das Landesfinale am 8. Mai 2019 hatten sich je vier Jugendliche aus den Klassen 8 bis 9/10 und den Klassen 10/11 bis 13 qualifiziert. Sie debattierten über das Thema „Sollen in der Europäischen Union alle Schüler weiterführender Schulen für mindestens ein halbes Jahr in einem anderen EU-Staat zur Schule gehen?“ beziehungsweise „Sollen bei Wahlen zum NRW-Landtag die Parteien verpflichtet werden, auf den Landeslisten gleich viele Frauen und Männer als Kandidaten aufzustellen?“.

### Katastrophenschutz

Landtag und Innenministerium haben das Engagement der Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz gewürdigt. Rund 350 Gäste u.a. von Feuerwehren und Technischem Hilfswerk kamen am 21. Mai 2019 zum Parlamentarischen Abend, zu dem Landtagspräsident André Kuper und Innenminister Herbert Reul eingeladen hatten. Mehr Informationen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

### Gestorben

7.4. Hans Vorpeil (SPD/82)

MdL 1985 – 2005

20.4. Ruth Witteler-Koch (FDP/71)

MdL 1985 – 1995

1.5. Beatrix Philipp (CDU/73)

MdL 1985 – 1994

2.5. Guido van den Berg (SPD/44)

MdL seit 31. Mai 2012

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 16. Juli 2019.

## Ehrung für britische Streitkräfte

Das Hauptquartier der Britischen Streitkräfte in Deutschland hat am 14. Mai 2019 das Fahnenband der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Die Zeremonie fand auf dem Vorplatz des Landtags statt. Der Kommandeur des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen, Brigadegeneral Torsten Gersdorf, verlieh das Fahnenband im Auftrag der Bundesministerin der Verteidigung. Anlass war die Auflösung des Hauptquartiers im Zuge des geplanten weitgehenden Abzugs der britischen Truppen aus Deutschland bis Ende dieses Jahres. An der Zeremonie nahmen neben dem Präsidenten des Landtags, André Kuper, und Vizepräsidentin Carina Gödecke auch der stellvertretende britische Botschafter Robbie Bulloch und der britische General Duncan Francis Capps teil. Das Fahnenband der Bundesrepublik Deutschland ist die höchste Auszeichnung in Deutschland für einen militärischen Verband.

Foto: Schälte

